

Suizide bei Queers - die Politik muss handeln!

Resolution verabschiedet von der DV JUSO Schweiz vom 4. Mai 2013

Eine neue Studie der Universität Zürich zeigt, dass die Suizidgefährdung bei Homosexuellen, vor allem bei Jugendlichen, extrem hoch ist. Die Politik ist gefordert hier entgegenzuwirken.

Das Ergebnis der Studie

Einer von fünf homo- oder bisexuellen Menschen hat bereits einen Selbstmordversuch unternommen. Die Hälfte dieser Suizidversuche werden noch vor dem zwanzigsten Lebensjahr verübt, öfters in Zusammenhang mit dem Coming Out. Damit ist die Suizidgefahr bei jungen Homosexuellen im Alter von 16 - 20 Jahren zwei- bis fünfmal so hoch wie bei ihren heterosexuellen Altersgenossen. Einer von drei jungen Schwulen, die Suizidgedanken haben, geht den Schritt bis zum Selbsttötungsversuch. Eine erhöhte Suizid tendenz besteht weiter auch im erwachsenen Alter.

Diese Zahlen sind erschreckend. Insbesondere, da weitere Studien aus Nordirland und den USA vergleichbare Ergebnisse aufzeigen und die hohe Suizidgefahr Homosexueller bestätigen.

Die Forderungen der JUSO Schweiz

Es muss alles dafür getan werden, dass alle Menschen ein freies und selbstbestimmtes Leben führen können und gleichermassen akzeptiert werden. Nur so kann die Suizidgefährdung verringert werden.

Niemand darf auf Grund seiner sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität ausgeschlossen werden oder sich ausgeschlossen fühlen. Nur durch das Aufzeigen der *Gender and Sexual Diversity* (GSD) und die rechtliche Gleichstellung kann die Akzeptanz in der Gesellschaft und das Wohlbefinden dieser Menschen gesteigert werden.

Deshalb fordern wir:

- *Gender and Sexual Diversity* und alternative Familienmodelle müssen in der Gesellschaft - vor allem in den Schulen - als gleichwertige Lebensformen thematisiert werden.
- Kampagnen zur Gesundheitsförderung von sexuellen Minderheiten, insbesondere zur Prävention von Selbstmord und Depression, müssen vom Bund gefördert und finanziert werden.
- Nach dem Vorbild der Fachstelle für Gleichstellung in der Stadt Zürich soll der Bund in der ganzen Schweiz dafür sorgen, dass es Anlaufstellen für LGBT-Anliegen gibt. Er soll diese ebenfalls finanzieren, damit sie mit den notwendigen Ressourcen ausgestattet werden können.
- Alle Menschen, unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität, müssen vollständige rechtliche Gleichstellung erfahren.